

Daniel Wagner
Fraktionsvorsitzender

Arnsberg, 19.03.2026

Rede zum Doppelhaushalt 2026/2027

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
meine Damen und Herren,

dieser Doppelhaushalt verlangt vor allem eines: Ehrlichkeit statt Wunschdenken.

Denn wer heute Verantwortung für Arnsberg übernimmt, darf den Menschen nichts vormachen. Nicht bei den Finanzen. Nicht bei unseren Schulen. Und auch nicht bei der Frage, welche Prioritäten wir uns in den nächsten Jahren überhaupt noch leisten können.

Die Lage ist ernst. Wir beraten heute keinen Wohlfühlhaushalt, sondern einen Haushalt unter massivem Druck. Einen Haushalt mit Defiziten, mit Haushaltssicherungskonzept, mit steigenden Belastungen aus Zinsen und Abschreibungen und mit vielen Investitionen, die alle für sich genommen begründbar erscheinen mögen, in der Summe aber längst an die Grenzen des Leistbaren führen.

Gerade deshalb kommt es jetzt auf politische Ehrlichkeit an. Ehrlichkeit heißt: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch gleichzeitig finanzierbar. Und nicht alles, was einmal beschlossen wurde, bleibt automatisch richtig, wenn sich die Fakten ändern.

Das gilt besonders für den Bereich Schule.

Wir alle wissen: Bildung ist kein Randthema. Sie ist eine Kernaufgabe. Aber gerade weil sie so wichtig ist, dürfen wir nicht weiter von Einzelentscheidung zu Einzelentscheidung stolpern. Arnsberg braucht endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Schullandschaft.

Unser Standpunkt ist klar: Stopp bei grundlegenden neuen Schulplanungen, erst Gesamtkonzept.

Denn die offenen Fragen sind zu groß, um sie mit isolierten Bauentscheidungen zu beantworten. Wir müssen offen darüber sprechen, welche Standorte dauerhaft tragfähig sind, welche Schulformen nachgefragt werden, wie sich Elternentscheidungen entwickeln und welche strukturellen Veränderungen notwendig werden. Genau dafür haben wir als FDP/SBL den Masterplan „Schullandschaft Arnsberg 2030“ beantragt.

Besonders deutlich wird das an der Grimmeschule. Wenn aus einem ursprünglich gesetzten Budget von 16 Millionen Euro plötzlich ein Projekt werden kann, das am Ende eher bei 36 Millionen Euro liegt, dann ist doch nicht der richtige Reflex, einfach weiterzulaufen wie bisher. Dann ist der richtige Reflex: anhalten, neu bewerten, Alternativen prüfen und erst dann entscheiden.

Und an die CDU gerichtet sage ich sehr klar: Wer in dieser Lage trotzdem so tut, als könne man einfach im alten Modus weiterplanen, der verwechselt Entschlossenheit mit Realitätsverweigerung. Verantwortung zeigt sich nicht darin, an einem einmal gefassten Beschluss um jeden Preis festzuhalten. Verantwortung zeigt sich darin, neue Fakten anzuerkennen und Konsequenzen zu ziehen.

Der zweite Schwerpunkt ist für uns die Digitalisierung.

Auch hier gilt: Ehrlichkeit statt Wunschdenken. Wir werden die Verwaltung nicht dadurch moderner, schneller und bürgerfreundlicher machen, dass wir neue Hierarchieebenen schaffen. Wir brauchen keine zusätzliche Verwaltungsspitze, wir brauchen mehr operative Umsetzung.

Deshalb sagen wir: Digitalisierung vor Hierarchie.

Wir wollen, dass die E-Akte schneller ausgerollt wird. Wir wollen, dass digitale Workflows endlich konsequent eingeführt werden. Wir wollen bessere Verzahnung von Fachverfahren und mehr End-to-End-Online-Services für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Ganz konkret: Es kann nicht unser Anspruch sein, in ein neues Rathaus einzuziehen und dabei die Aktenordner gleich mit umzuziehen, als wäre die Verwaltung im letzten Jahrhundert stehen geblieben.

Und auch hier richtet sich unser Appell an CDU und SPD: Wer einer zusätzlichen Stelle für einen technischen Beigeordneten zustimmt, aber bei der konsequenten Verwaltungsdigitalisierung auf die Bremse tritt, setzt die falschen Prioritäten. Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel und knappen Mitteln zählt jeder Euro doppelt. Er gehört dahin, wo er Prozesse beschleunigt, Bearbeitungszeiten senkt und für die Menschen spürbar etwas verbessert.

Der dritte Punkt ist die Haushaltsdisziplin.

Wir werden den Haushalt nicht sanieren, indem wir Probleme vertagen, Risiken kleinreden oder uns auf künftige Steuererhöhungen verlassen. Wer heute keine Prioritäten setzt, zwingt morgen die Bürgerinnen und Bürger zur Rechnung. Das wäre politisch bequem, aber falsch.

Haushaltsdisziplin heißt nicht Stillstand. Haushaltsdisziplin heißt, Zukunftsinvestitionen möglich zu machen, weil man an anderer Stelle konsequent unterscheidet zwischen notwendig und nur wünschenswert. Sie heißt auch, bei Projekten ehrlich zu sagen, was geht, was nicht geht und was vielleicht erst später gehen kann. Und ja, diese Ehrlichkeit täte uns an manchen Stellen der politischen Debatte insgesamt gut.

Meine Damen und Herren,

Arnsberg hat Zukunft. Aber diese Zukunft entsteht nicht durch Wunschlisten. Sie entsteht durch Klarheit, Mut zur Priorität und die Bereitschaft, unbequeme Wahrheiten rechtzeitig auszusprechen.

Wir wollen eine Stadt, die in gute Bildung investiert, aber mit Plan.
Wir wollen eine Verwaltung, die moderner wird, aber durch Umsetzung statt Aufblähung.
Und wir wollen solide Finanzen, damit Handlungsfähigkeit nicht nur heute, sondern auch morgen noch möglich ist.

Dafür steht die FDP/SBL-Fraktion.
Für Ehrlichkeit statt Wunschdenken.
Für Vernunft statt Stückwerk.
Und für eine Politik, die Arnsberg nicht nur verwaltet, sondern zukunftsfähig macht.